Lateinamerika weigert sich trotz westlichen Drucks, Waffen an die Ukraine zu liefern

Brasilien, Argentinien und Kolumbien haben sich trotz des Drucks der USA und der EU geweigert, Waffen an die Ukraine zu liefern. Führende Politiker der lateinamerikanischen Linken haben zum Frieden mit Russland aufgerufen und zur Neutralität im neuen Kalten Krieg des Westens aufgerufen.

Von Ben Norton
Veröffentlicht Veröffentlicht 2023-01-29

Brasilien, Argentinien und Kolumbien haben die Aufforderung der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, Waffen an die Ukraine zu liefern, zurückgewiesen.

Der Befehlshaber des Südkommandos (Southcom) des US-Militärs, das in Lateinamerika und der Karibik operiert, erklärte am 19. Januar, dass Washington die Länder der Region unter Druck gesetzt hat, die Ukraine zu bewaffnen.

Southcom will, dass die lateinamerikanischen Länder "ihre russische Ausrüstung durch US-Ausrüstung ersetzen - wenn diese Länder sie der Ukraine spenden wollen", sagte Armeegeneral Laura J. Richardson.

Doch Lateinamerikas linke Führer haben sich geweigert, stattdessen Neutralität zu wahren und zum Frieden aufzurufen.

Brasiliens Lula lehnt die Lieferung von Panzermunition an die Ukraine ab

Am 25. Januar kündigte Deutschland an, Panzer in die Ukraine zu schicken, was eine erhebliche Eskalation des Stellvertreterkriegs der NATO gegen Russland darstellt.

Berlin forderte daraufhin Brasilien auf, Panzermunition nach Kiew zu liefern. Der neu ins Amt gekommene linke Präsident Lula da Silva lehnte dies jedoch ab.

Lula war einer der Mitbegründer des BRICS-Blocks, der aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika besteht. Er plädiert seit langem für eine multipolare Welt und unterstützt die Süd-Süd-Zusammenarbeit und die regionale Integration.

Lula hat den westlichen Regierungen vorgeworfen, die Gewalt in der Ukraine zu verschärfen, anstatt Friedensverhandlungen zu fördern.

Während seiner Präsidentschaftskampagne im Jahr 2022 kritisierte Lula das Weiße Haus und fragte: "Wie kann die größte Wirtschaftsmacht der Welt behaupten, dass sie keine Milch für Kinder hat, nachdem Präsident Biden angekündigt hat, für 40 Milliarden Dollar Waffen für den Krieg in der Ukraine zu kaufen?"

In einem Interview mit dem Time Magazine im Mai 2022 wehrte sich Lula gegen die westliche Anti-Russland-Hysterie und wies darauf hin, dass der ukrainische Staatschef Wolodymyr Zelenskij "für den Krieg genauso verantwortlich ist wie Putin. Denn in diesem Krieg gibt es nicht nur einen Schuldigen".

"Wenn ich die Wahlen gewinne", twitterte Lula im August, "werden wir uns um einen Dialog bemühen, um wieder Frieden zu schaffen. Wir sind an keiner Art von Krieg interessiert".

"Die einzige Position, die Brasilien in der Frage der Ukraine und Russlands interessiert, ist der Frieden", fügte er im Oktober hinzu. "Die Zeit des Krieges ist die Zeit der Zerstörung. Die Welt braucht Frieden, die Lösung des Klimaproblems und die Beendigung des Hungers".

Kolumbiens Petro lehnt Waffenlieferungen an die Ukraine ab

Der erste linke Präsident Kolumbiens, Gustavo Petro, hat enthüllt, dass die Vereinigten Staaten auch sein Land unter Druck gesetzt haben, Waffen an die Ukraine zu liefern. Er lehnte dies jedoch ab und rief stattdessen zum Frieden auf.

Auf dem Gipfeltreffen der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) am 24. Januar in Buenos Aires erklärte Petro, Kolumbien habe früher russisches Militärgerät "für eigene Zwecke innerhalb des Landes" gekauft.

Washington möchte, dass Bogotá diese russische Ausrüstung in die Ukraine schickt, aber Petro betonte, dass die Verfassung seines Landes zum internationalen Frieden aufrufe und daher diese Militärtechnik "als Schrott in Kolumbien bleiben wird".

"Wir sind mit niemandem zusammen, wir sind für den Frieden. Deshalb werden wir in diesem Konflikt keine Waffen einsetzen", erklärte Petro.

"Das Beste, was der Menschheit passieren kann, ist Frieden zwischen der Ukraine und Russland und keine Verlängerung des Krieges", twitterte der kolumbianische Präsident.

"Ich werde nicht dazu beitragen, einen Krieg zu verlängern", versicherte er und forderte "weder Invasionen noch Blockaden".

Argentiniens Alberto Fernández sagt, Lateinamerika werde die Ukraine nicht bewaffnen

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz besuchte am 28. Januar Argentinien. Dort bat er Präsident Alberto Fernández, militärische Ausrüstung in die Ukraine zu schicken.

Fernández lehnte dies ab und erklärte stattdessen auf einer Pressekonferenz mit Nachdruck, dass "Argentinien und andere lateinamerikanische Länder nicht vorhaben, Waffen an die Ukraine oder ein anderes Konfliktgebiet zu liefern".
Fernández kritisierte zwar Russland für den Einmarsch in die Ukraine, forderte aber ein Ende des Krieges und rief zum Frieden und nicht zur Eskalation auf.

Die Regierung Fernández, die beim von den USA dominierten Internationalen Währungsfonds (IWF) mit 44 Milliarden Dollar verschuldet ist, hat die Beziehungen Argentiniens zu China und Russland gestärkt und sich Pekings Gürtel- und Straßeninitiative angeschlossen.

Argentinien bewarb sich um die Aufnahme in den erweiterten BRICS+-Block. Auf Einladung Chinas nahm es 2022 an den virtuellen BRICS-Gipfeltreffen teil.

<https://geopoliticaleconomy.com/2023/01/29/latin-america-ukraine-weapons-brazil-colombia-argentina/>